

# Es gibt auch Vierzig-Liter-Eimer

Wer seine graue Restmülltonne nur einmal im Monat rausstellt, kann vom Jahr 2013 an Abfallgebühren sparen

Der Kreistag beschloss gestern einstimmig die Eckpunkte der künftigen Müllabfuhr. Die neuen Tonnen bekommen Räder und Chips. Doch die Idee, nach Gewicht abzurechnen, ist vom Tisch.

RENATE ANGSTMANN-KOCH

**Kreis Tübingen.** Was die Kreistags-Mitglieder ins Grübeln brachte, war vor allem die Informationsveranstaltung zum Thema im Januar. Bei ihr stellten das vom Kreis beauftragte Ingenieurbüro Schmidt/Bechtle und auswärtige Experten Modelle vor, wie man die Abfallentsorgung organisieren und die Gebühren berechnen kann (wir berichteten).

Drei Befürchtungen wurden an dem Abend und bei 42 Rückmeldungen, die das Landratsamt im Anschluss erreichten, immer wieder laut: dass es schwer werden könnte, die Arbeitsschutz-gerechten größeren Müllbehälter mit Rädern etwa in der engen Tübinger Altstadt unterzubringen; dass für Single-Haushalte selbst die zunächst als kleinste Behälter vorgesehenen 60-Liter-Tonnen zu groß seien; dass gerade Familien mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen benachteiligt würden, wenn der Restmüll nach Gewicht abgerechnet wird. Das fordern häufig Ökologen, um zur Abfallvermeidung anzuhaken. Doch gerade nasse Windeln und Einlagen sind schwer.

Landratsamt und Kreistag reagierten mit einigen Veränderungen auf die Bedenken. Dem nun vorliegenden Konzept stimmten gestern alle Mitglieder des Gremiums zu:

● **Abfallbehälter:** Vom Jahr 2013 an werden alle Restmülltonnen vom Kreis gestellt. Vorgesehen sind Restmüllbehälter mit 40, 60, 120, 240, 660 und 1100 Litern Inhalt – wobei auch die kleinsten auf die Standardhöhe von rund einem Meter kommen werden, damit die Müllmänner sie problemlos in den Entleerungsmechanismus der Fahrzeuge einhängen können. Ein Einsatz begrenzt bei den 40-Liter-Tonnen das Volumen. Allerdings erläuterten



Beim Abfall-Infoabend in der Hepper-Halle wurden verschiedene Restmülltonnen gezeigt. Der Kreistag griff im Anschluss mehrere Anregungen auf. Archivbild: Metz

Landrat Joachim Walter und Thomas Meyer-Knufinke, Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebs des Kreises, gestern noch einmal ihre Bedenken gegen die kleinen Tonnen: Die größere Zahl von Gefäßen verteuert das Müllabfuhrsystem insgesamt.

● **Abfuhrhythmus:** Mit der Abfallgebühr werden zwölf Leerungen sie problemlos in den Entleerungsmechanismus der Fahrzeuge einhängen können. Ein Einsatz begrenzt bei den 40-Liter-Tonnen das Volumen. Allerdings erläuterten

fahren die Straßen weiterhin alle 14 Tage ab. Der Chip an den Tonnen ermöglicht genaue Abrechnung.

● **Bioabfall:** Es bleibt beim bisherigen System. Die vorhandenen Tonnen, die teils Privatleuten und teils dem Abfallwirtschaftsbetrieb gehören, werden mit Chips nachgerüstet.

● **Gebührenbescheide:** Sie werden weiterhin an die einzelnen Haushalte verschickt, nicht an die Grundstückseigentümer.

● **Abrechnung:** Wie die Gebühren genau berechnet werden, ist noch

offen. Grüne und CDU beantragten, dass die Verwaltung verschiedene Modelle durchrechnet. Das sagte Landrat Walter zu.

● **Privatisierung:** Der Kreistag fällte noch keinen Beschluss, ob weiterhin die städtischen Müllwerker oder wie im übrigen Kreisgebiet eine private Entsorgungsfirma die Tonnen in Tübingen leeren. Offenbar zeichnet sich im Kreistag jedoch eine Mehrheit gegen eine weitere Privatisierung ab. Stadtverwaltung und Landratsamt verhandeln derzeit noch da-

über, wie eine rechtlich wasserdichte Lösung aussehen könnte.

Landrat Joachim Walter befürchtet Doppelstrukturen etwa bei der Abfallberatung oder der Gebührenabrechnung, wenn der Kreis die Aufgabe, den Müll einzusammeln, an die Stadt überträgt. Möglicherweise könnte die Abfallabfuhr für den ganzen Kreis ausge-

sprochen werden und die städtische Müllabfuhr das erzielte Ergebnis übernehmen. Auf Tübingen dürften auf jeden Fall Ausgleichszahlungen zukommen – etwa für die höheren Löhne der nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlten Müllwerker. Allerdings würde es sich für die Stadt auch auszahlen, wenn ihre Leute Aufgaben wie den Winterdienst weiter mitübernehmen.

Manfred Hofelich, Chef der FWV-Fraktion, betonte mehrfach, dass über die Einzelheiten noch verhandelt werde und sich öffentliche Vorfestlegungen nicht empfehlen. Tübingens OB Boris Palmer hat bereits klargestellt, dass sich die Stadt auf jeden Fall dem im gesamten Kreis geltenden Abfuhrsystem anschließen werde, es also auch im Fall einer Delegation der Aufgabe keine Auseinanderentwicklung geben werde.

● **Lob:** Die Arbeit der Verwaltung erhielt gestern von mehreren Fraktionen großen Zuspruch. Manfred Hofelich äußerte sich „froh, dass es sich durchgesetzt hat, die Entleerungshäufigkeit zusammen mit der Gefäßgröße zum Gebührenmaßstab zu machen“ und nicht das Gewicht. CDU-Fraktions-Chef Eugen Höschele hob hervor, dass man sich immer gut informiert gefühlt habe. Dietmar Schöning (FDP) zeigte sich erfreut, dass sich ein breiter Konsens abzeichne. Die Grünen wünschen sich bei der Gebührenberechnung, „dass das Modell das Rennen macht, das Restmüllvermeiden am besten belohnt“, sagte Sabine Schlager. Ihre Fraktion wolle auch auf jeden Fall an der städtischen Müllabfuhr festhalten. Robert Hahn (SPD) fand es besonders erfreulich, dass der Kreistag trotz der Infoveranstaltung im Zeitpunkt geblieben sei. „Dieses Mal hat

**Der Müll ist ja letzten Endes was ganz Persönliches.**

Eugen Höschele, CDU

zustimmte. Er sei zuversichtlich, dass eine Mehrheit gegen eine weitere Privatisierung zustande kommt.